

Vertrauen verdient... „Welt-Spiegel“... Morgen-Ausgabe... Einzelnummer 25 Goldpfennig.

Vertrauen verdient... „Welt-Spiegel“... Morgen-Ausgabe... Einzelnummer 25 Goldpfennig.



Berliner Tageblatt

Nr. 378 und Handels-Zeitung 53. Jahrgang Ausgabe für Berlin Sonntag, 10. August 1924

Nächtlicher Ministerrat im Elysée.

Herriot in Paris eingetroffen. Joch im Vorhinter. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. August. Herriot, der auf die Berufung des ihm von der englischen Regierung zur Vertretung gestellten Antragwesens vorgeladet hat, ist heute abend 9 Uhr in Begleitung der beiden Minister Rollet und Clementel sowie des Generalsekretärs im Ministerpräsidenten, Fraet, der ihm bis Montague entgegengefahren ist, in Paris eingetroffen. Er hat sich von der Bahn direkt nach dem Canal d'Orsay begeben, wo ihn ein Teil der Minister zu einer kurzen Besprechung erwartete. Der Ministerrat findet dann um 10 Uhr im Elysée unter Vorsitz des Präsidenten der Republik, Doumergue statt, der heute abend von Rambouillet zurückgekehrt ist.

Die Kommentare, zu denen die Reise Herriots Anlaß gegeben haben, tragen trotz der von den zuständigen Stellen ausgesprochenen Zensur- und Verschönerungsmaßnahmen einen sehr erhellenden Charakter. Es geht sich, daß die Opposition, die in den letzten Tagen gegen Herriot als wenig anerkennend nahegekommen werden ist, aus der neuen Wendung der Dinge neue Hoffnung schöpft, und die Befürchtung, Herriot, und mit ihm zugleich die Londoner Konferenz zu Fall zu bringen, sich erneut zu beobachten. So erinnert der „Antoinette“ an die Parolielvorläufe während der Konferenz von Cannes und bemerkt, der einzige Unterschied sei der, daß Briand damals loyal geblieben sei, eine Ausrede die mit dem Parlament nicht übereinstimmt. In der Zwischenzeit hat Herriot sich die Frage vorlegen, was eine solche Konstellation zu bedeuten habe, denn die in Paris zurückgebliebenen Minister seien in den Fragen, um die es sich handelt, eigentlich kaum mehr als Statisten. Die Deutung, die Herriot bei ihnen sucht, sei abtrotz wertlos. Wenn es wirklich seine Absicht ist, fühlung mit dem Lande zu nehmen vor der Festlegung der wichtigsten Entscheidungen, so mußte er sich an die Kammer wenden, denn das Parlament habe ein Recht darauf, über die Herriorentschlüsse, die Herriot der französischen Politik zu geben im Begriff sei, gehört zu werden. In Paris habe man den Eindruck, daß die Abmachungen, die in London vorbereitet wurden, auf eine völlige Abkündigung Frankreichs hinauslaufen, das in Zukunft nicht mehr das Recht haben würde, den kleinen Ringer zu heben, ohne vorherige Europa befragt zu haben. Die „Liberte“ hält ihre getragene Behauptung von den bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Herriot und Rollet aufrecht. In den Beziehungen der Delegation gegenüber parlamentarischen Kreise beginnt man den Eindruck, daß auf dieser Seite wenigstens Herriot zu einer Ausrede mit dem Parlament zu zwingen, die notwendige eine Vertagung der Londoner Konferenz zur Folge haben würde. Da Herriot sich über die Gefahr einer solchen Initiative wohl kaum im Unklaren sein wird, ist nicht gut anzunehmen, daß er sich auf diesen Weg drängen lassen wird.

Paris, 9. August, 11.30 abends. (W. T. B.) Der Ministerrat ist heute abend 10 Uhr zusammengetreten und hat zurzeit keine Beratungen noch nicht abgeschlossen. Vor dem Ministerrat hat Herriot eine Unterredung mit dem Kammerpräsidenten Painleve und eine weitere Unterredung mit Marschall Joch, den er hat, sich zur Vertagung des Ministerrats zu halten. Marschall Joch ist bisher nicht in den Ministerrat berufen worden. Man nimmt nach Cabas an, daß das erst der Fall sein wird, wenn Herriot seine Ausführungen über die Arbeiten der Londoner Konferenz beendet haben wird.

„Die französische Linie am Scheidewege.“

Die Auffassung in Italien. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 9. August. Die plötzliche Reise Herriots nach Paris hat in gewissen Kreisen einige Anstöße hervorgerufen. Man sieht in Italien in der Ruhrbesetzung des Haupthindernisses für den endgültigen Frieden und stellt im übrigen vollkommen auf den englischen Standpunkt, nicht auch vielfach die deutschen Ansichten (wobei, abgesehen von der Bestimmung, auch wirtschaftliche Überlegungen mitfließen). Des „Giornale d'Italia“ sieht einen Knoten, der unerwartet die Arbeiten der Konferenz verwickelt. Der Gegensatz zwischen der durch Rollet verkörperten Militärpartei und der Gruppe der abwägenden Politiker, die Herriot vertritt, ist offenbar. Frankreich sehe daher vor der Frage, ob es die Ruhr aufgeben wolle oder nicht. Die französische Linkspartei möchte sich nun entscheiden, ob sie eine neue Politik machen, d. h. sich mit den Alliierten verständigen und die Ruhr räumen, oder die

Politik Poincarés fortsetzen und damit ihre Machtstellung räumen wollen. Da Herriots Programm aber fast das Gegenteil von dem zu tun, was Poincaré tat, mußte er wohl dessen Steuerprogramm Rollet auszusprechen.

Paris, 9. August. Zur Frage der Ausführung des Dawes-Blauns bemerkt die „Gazette de Louvain“, deren grundsätzliche französische Einstellung bekannt ist: „Wenn die Deutschen die von ihnen verlangte Zufriedenheit geben, ist nicht einzusehen, warum der Zeitpunkt des Abzuges der alliierten Truppen nicht ebenfalls nähergerückt werden kann. Der Grundlaß der Meinung ist zugefallen, daß von Poincaré eingeführte Schritte der Sanftion vorzuziehen, ein solches Vorgehen eines der Alliierten ist praktisch unmöglich gemacht, und von nun an befinden sich die Truppen im Rheinland in einer heillosen Lage. Nachdem die Konferenz eine neue Lage geschaffen hat, wogte sie den Mut haben, die von ihr geschaffene Neuerung auch bis zu ihrem Ende durchzuführen.“

Die Inkraftsetzung des Dawes-Blans.

Ein vorläufiges Abkommen mit der Reparationskommission unterzeichnet.

London, 9. August. (W. T. B.) Heute wurde durch die deutsche Regierung und der Reparationskommission ein Abkommen abgeschlossen, das die formalen Bestimmungen für die Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes enthält. Das Abkommen greift den Ergebnissen der Londoner Konferenz in seiner Weise vor, sondern wird hinsichtlich, wenn zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen auf der Londoner Konferenz keine Übereinstimmung für die Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes erzielt werden sollte.

Die Reparationskommission hat beschlossen, sofort nach Paris zurückzukehren. Der Wortlaut des Abkommens wird der deutschen Regierung wohl Montag in Paris veröffentlicht werden.

Der Abschluß dieser Vereinbarung war gestern von der Agence Havas in der Form angekündigt worden, daß nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Ulrich an die Reparationskommission, die deutsche Delegation das Protokoll über die Vertragsbedingungen des Dawes-Blans unterzeichnet werde. Dazu wurde von W. T. B. ergänzend und erklärend bemerkt, daß es sich bei der Zustimmung der Delegation bezüglich dieses Protokolls um eine grundsätzliche Abmachung handelt dahingehend, daß die Reparationskommission betreffende Fragen in einem besonderen Protokoll geregelt werden. Die Vereinbarungen dieses Protokolls werden ergänzt durch die Beschlüsse der Konferenz über die übrigen Fragen, insbesondere auch die Währungsfrage. Kommt über diese Fragen keine Einigung zustande, so würde auch diese Abmachung mit der Reparationskommission hinfällig werden.

Gegen einen Schiedspruch in Transferfragen.

Deutsche Verwarnung gegen eine Verletzung der Souveränität. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 9. August. Der dritte Ausschuss (Transfer) hat heute nachmittag 4 Uhr seine Beratungen beendet. Es scheint, daß sich innerhalb dieses Ausschusses die Schwärzungen vergrößert haben.

London, 9. August. (W. T. B.) Der dritte Ausschuss hielt heute eine Sitzung ab und vertagte sich auf Montag. Über die getriggerte Sitzung des Ausschusses berichtet „Daily Telegraph“, die deutschen Minister hätten abgelehnt, einen Schiedspruch anzunehmen zwischen dem Lebertragungs-ausschuss und der deutschen Regierung, falls Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit der Frage des Wechsels der Lebertragungsanschlusses, die unübertraglichen Reparationsleistungen in Deutschland in Wertpapieren, Zinsscheinen und deutschen Eigentum angehen, entstehen. Die deutschen Minister erklärten, daß dies eine Verletzung der deutschen Souveränität bedeuten würde, mit anderen Worten, die Deutschen beanspruchten, daß ohne ihre Zustimmung der Lebertragungs-ausschuss seine Aktion in dieser Frage unternehmen könne. Herriot und Theunis hätten die deutsche These energisch bekämpft, während Snowden die Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, daß die Deutschen ihren Standpunkt überzeugend vertreten hätten.

Berfassungstag.

Von Dr. Ernst Feder.

Das deutsche Volk begehrt seinen nationalen Feiertag, den Tag der Weimarer Verfassung, diesmal freudiger Gefühls, als im vergangenen Jahr, da am 11. August Novemberbestimmung herrschte, das verlegene Kabinett Cuno weder drinnen noch draußen die Reichsautorität wahren konnte, der rettungslose Währungsverfall und die steigende Wirtschaftskrise die Radikalen rechts und links stärkte und der heranwachsende Putz allen, mit Ausnahme einiger amtlicher Stellen, bedrohlich war.

Heute eröffnet die auswärtige Politik die Möglichkeit einer ertüchtlichen Lösung, der Reichsbollweismismus hat ebenso wie der Linksbollweismismus sein Scheitern überlebt, die Romantik des Putzismus ist verfliegen, und in der republikanischen Bevölkerung ist eine machtvollere Gegenwart entstanden, die sich nach allen Seiten geltend macht. Das Gerben an den Weimarer Verfassungstag wird diesmal fröhlicher, es muß nachhaltiger sein.

Die Verfassungsurkunde, die der Reichspräsident Ebert am 11. August 1919 in dem schönen sibirischen Schwarzburg unterzeichnet, war für zwei Gruppen eine große Enttäuschung. Einmal für denjenigen Teil Frankreichs, der auf den Verfall des Reiches hoffte und nun, wenige Wochen nach dem hundertsten Jahrestag von Versailles, das einzige Deutschland in einer fertiggestellten demokratischen Republik erleben sah. Sodann für den Kommunismus, der sich überlegen mußte, daß der Versuch, die Revolution weiterzutreiben, endgültig gescheitert, daß aus dem Chaos neue Ordnung hervorgegangen war. Das Werk von Weimar ist innenpolitisch die Überwindung der Revolution. Es ist außenpolitisch der Sieg über die französische Zerstückelungspolitik.

Ein großes nationales Werk. Gewiß in erster Linie dem Pflichtgefühl und Staatsbewußtsein der republikanischen Parteien zu danken, die im Zusammenwirken der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie zu jener schnelleren Verwirklichung gelangt sind. Aber im ganzen doch ein Werk des gesamten Volkes, nahezu ohne Unterschied der Partei und des Stammes. Hatten doch sogar führende bayerische Abgeordnete mit Ausnahme des einen Deutschnationalen und des einen Unabhängigen Sozialdemokraten für das Gesetz gestimmt, während Bismarcks Verfassung vor fünfzig Jahren auf den Widerstand der bayerischen Nationalpartei gestoßen war. Auch die Deutschnationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben an der Weimarer Verfassung fröhlich und wirksam mitgearbeitet. Sie haben zwar schließlich gegen das deutsche Grundgesetz gestimmt, aber doch nur, weil sie wußten, daß sie überstimmt werden würden. Als der Zusammenbruch kam, hatten sie kläglich noch als Parteien der Mitte nach der rettenden Nationalversammlung gerufen, und eine andere Staatsform, als die aus der Notwendigkeit herauswachsende parlamentarische Demokratie, hatten auch sie nicht vorzuschlagen vermocht.

So hat das Weimarer Werk in Weimar seinen ersten Feind gefunden. Auch in den fünf Jahren, die seitdem verfloßen sind, ist ihm keiner entstanden. Im Münchener Putzprophet lagte der Oberleutnant Kriebel, der jetzt im Deutschen Reichstag sitzt, er feine die Weimarer Verfassung nicht, er feine auch die bayerische Verfassung nicht, habe beide nie gelesen, aber da alles zum Kampf gegen die Weimarer Verfassung aufgerufen habe, so habe er eben mitgerufen und mitgekämpft. Man hat über den Mann gelacht. Er hat nur offen ausgesprochen, was für fast alle Gegner der Weimarer Verfassung gilt. Sie kennen die Verfassung gar nicht, die sie scheitern. Wenn die Deutschnationalen zum Beispiel aus dem wenigen Positiven, was in ihren wirren Ausführungen vorhanden ist, eine Verfassung machen wollten, sie finden für ihren Volkssinn in allen Abschnitten keine andere Form als die Bestimmungen des Weimarer Dokuments. Es ist ein Kompromiß, über dessen Einzelheiten man streiten kann, und auch der Schöpfer des Entwurfs, Hugo Preuß, hat gestanden, daß er an der letzten Fassung seines Werkes keine ungetriebene Freude hat. In den Grundgedanken bleibt es unangefochten. Die einzige grundsätzliche Kritik an der Verfassungsurkunde, die Schritt eines Unverbindlichkeitsprotestes und deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, ist förmliche Tiletantenarbeit, daß sie sich jeder ernsthaften Erörterung entzieht.

Und die praktische Kritik? Das Verlangen nach Verfassungsrevision? Im fünften Verfassungsjahr hat das bayerische Kabinett der Reichsregierung seine bekannte Denkschrift übergeben. Lediglich, was bescheidend ist, sein bestimmter Gesetzesvorstoß, sondern nur allgemeine Anforderungen. Es würde gar nichts schaden, fände diese Denkschrift, für die vermutlich heute nicht einmal mehr in Bayern eine Mehrheit vorhanden ist, zur parlamentarischen Erörterung. Es würde sich nämlich bald zeigen, daß diese Revision zu folgender Alternative führt: entweder eine preussische Hegemonie, gegen die die preussische Vorherrschaft in Bismarcks Reich ein Kinderbeispiel gewesen ist, oder eine